

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 37 (1947)
Heft: 51

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLITISCHE RUNDSCHAU

Die Waadt hat wieder ihren Bundesrat

-an- Die Wahl des Herrn *Rubattel* als neuer Bundesrat sieht aus wie das Omen einer Kursicherheit in eidgenössischen Dingen und wird einige Nebenwirkungen haben, an die man nicht zuerst denkt. Zunächst: Es gibt so etwas wie einen «traditionellen Anspruch» des grössten welschen Kantons, im Kreise der Sieben einen der Ihren zu haben. Genau wie die Berner, die nach ungeschriebenem Gesetze das Militärdepartement als das ihre betrachteten; genau wie die Tessiner, die als drittgrösste Gruppe im Lande vertreten sein wollen. Jedesmal, wenn man eine dieser ungeschriebenen Regeln verlässt, kommt ein Gefühl der Unsicherheit auf. Diesmal spürt man, sofern man ein wenig in der Vergangenheit orientiert ist, so etwas wie ein «Heimkommen», ein Zurückgreifen in Zeiten, da alles «normal» zugegangen. Mr. *Rubattel* ist im ersten Wahlgang gewählt worden. Das einhellig ausgesprochene Interesse der Welschschweiz stiess auf keinen Widerstand in der deutschen bürgerlichen Schweiz, der sozialdemokratische Gegenkandidat, der wohlgesehene Ständerat und Basler Regierungsrat *Wenk*, bekam viel zu wenig Stimmen, um den Waadtländer zu gefährden, und so brauchte es kein langes Wettschwingen.

Man kann auch sagen, die Wahl weise auf das Zurückfallen des Zeigers in den Machtverhältnissen. Der freisinnige Vormarsch, die Verluste der Sozialdemokratie, das Zurückschrauben der stärksten Parlamentsfraktion auf die Höhe der zweitstärksten, all das könnte die Vorstellung verstärken, als gleite man wieder zurück in die Bahn, da alles seinen «ordnungsmässigen Gang» gegangen sei. Immerhin heisst es feststellen, dass die rötteste Linke gerade in der Westschweiz sitzt und durch einen ihrer Vertreter glaubte, Mr. *Petitpierre* am Zeug flicken und die Aussenpolitik, besonders die wirtschaftliche, angreifen zu können. Worauf Herr *Petitpierre* den sehr plumpen Angreifer richtig senkeln und ihm zugleich durch die Presse mitteilen lassen konnte, dass Verhandlungen über die *Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen gerade mit Russland* bevorständen. Und Mr. *Nicole* hatte davon nichts gewusst!

Wir haben den Eindruck, dass der «zweite welsche Bundesrat» neben dem traditionellen Sinn auch den Nebensinn habe, im Welschland so etwas wie die Weckung der Kräfte zu bewirken, die sich die Ueberwindung des Nicolismus zum Ziele setzen. Vielleicht zieht die sehr geschwächte Sozialdemokratie mittelbar Vorteile aus der veränderten Situation; vielleicht bedeutet das neue Lebensgefühl des welschen Bürgertums auch das Erwachen der Ueberzeugung, dass man in einer weniger radikalen Partei die Interessen der Arbeiter besser vertreten könnte als in der scharf oppositionellen PdA. Man wird ja sehen.

Krieg in Palästina

Wenig Nachrichten kommen aus dem Heiligen Lande, und doch hat dort ein Krieg begonnen, der allem Anschein nach mit der

ganzen Grausamkeit eines Rassen- und Religionskrieges geführt werden soll. Die jüdische «Haganah» hat ihre Leute aufgeboten, um — im wesentlichen defensiv — die Siedlungen in den verschiedenen Landesgebieten, die sich unter der britischen Aufsicht nicht mehr sicher fühlen, zu schützen. Auf arabischer Seite sind Leute von jenseits des Jordan eingetroffen. Morde sind an der Tagesordnung. Zum Teil scheussliche Morde. Bis Anfang dieser Woche registriert der britische Nachrichtendienst 288 Tote und die doppelte Zahl von Verwundeten. Das kann lange Verlustlisten absetzen, wenn die gegenseitigen Angriffe Wochen hindurch andauern sollten! Die Mehrzahl der Toten sollen die Juden zu beklagen haben. Die Offensive ging von der «arabischen Legion» aus. Das Blatt scheint sich aber zu wenden, seit die «Irgun Zvai Leumi» eingegriffen hat und nun auch ihrerseits offensiv wird.

Die Engländer haben, um das Schlimmste zu verhüten, *Jerusalem besetzt* und dort das Schiessen von Dach zu Dach abgestellt. Vermutlich war es höchste Zeit dazu. Das jüdische Viertel ist nun vom arabischen und christlichen total abgeriegelt. Für die Versorgung und für das Wirtschaftsleben ist dies natürlich schlimm. Der Mandatsmacht erwachsen neue Belastungen. Man kann nicht «abriegeln» und die Leute verhungern lassen. Die Besatzung muss also auch dafür sorgen, dass die Zufuhren von der Küste her nach Jerusalem gelangen. Das bedeutet wieder einen Bewachungsdienst schärfster Art. Denn die Strecke zwischen Jerusalem und Tel Aviv führt durch fast rein arabisches Gebiet und wird ganz besonders von den arabischen Legionären bedroht.

Das «Problem Jerusalem» stellt innerhalb des ganzen Palästina-Komplexes einen Sonderfall dar. Hier wohnen zur Hauptsache nicht die modernen «West- und Ost-Juden», die als Zionisten gekommen und zur grösseren Hälfte Sozialisten, dabei aber scharfe Nationalisten sind, sondern jene religiös orientierten Zuwanderer aus früherer Zeit. Für sie ist der Berg Zion immer noch jener heilige Mittelpunkt des Erdenrundes, und ihre Hoffnung geht dahin, dass sie die «Stadt Davids» eines Tages wieder allein besitzen werden, inmitten des wieder errichteten Reiches im gelobten Lande. Gegen diese Juden und ihre Ansprüche würden sich automatisch alle mohammedanischen Fanatiker wenden, die in Jerusalem eine der heiligen Städte *ihres* Glaubens sehen. «Kreuzzugsparen» — besser Parolen zum «Auszug des Halbmondes», könnten ausgegeben werden. Der «heilige Krieg» würde nicht mehr das Sprichwort bleiben, zu dem er in moderner Zeit geworden ist. Es würden sich moderner nationalistischer Hass und uralte, atavistische Gefühle der Glaubenswut miteinander verbinden.

Die Frage stellt sich, ob die Araber rings um Palästina wirklich willens seien, zu den Waffen zu greifen und den Amerikanern, die nun wohl oder übel im Namen der UNO das Land teilen und die Teilung überwachen müs-

sen, Trotz bieten. *Am 15. Mai wollen die Engländer ihr Mandat abgeben.* Bis dahin müssen die UNO-Truppen schon eingezogen sein. Werden also die Banden oder Bataillone der «arabischen Legion» sich auch gegen diese internationalen Truppen wenden?

In Kairo wurden von den nationalistischen Kreisen mächtige Demonstrationen durchgeführt. Aus der Menge fiel ein Ruf: *Kein Petrol für Amerika.* Der Zuruf galt dem *saud-arabischen Aussenminister, dem Emir Feisal*, welcher sich mit den gerade anwesenden Ministerpräsidenten Syriens und Libanons auf dem Balkon des Hotels «Continental» zeigte und der Menge Geld «für die Rettung Palästinas» versprach. Genau verstanden, bedeutet dieser Ruf, dass bei den arabischen Intellektuellen die Zusammenhänge zwischen den Geschäften Saud-Arabiens und den politischen Möglichkeiten sehr wohl verstanden werden. Man könnte den Zuruf aus der demonstrierenden Menge auch so deuten: «Wenn Saud-Arabien den Amerikanern die Oelquellen sperrt, wird Palästina gerettet sein. Es braucht dann keine besondern Geldspenden des Herrschers von Saudye...»

Worauf man zur weitem Frage kommt, woher denn der Herrscher Ibn Saud überhaupt Geld hernähme, wenn er es nicht von den Amerikanern für Petrol bekommt. Damit steht man auch vor den Kreuzwegen, die vom Palästina-Problem ins Netz der internationalen Verwicklungen hinüber führen. Und beim Verfolgen der Fäden dieses Netzes gelangt man zum Schluss, dass

die Hoffnungen der jüdischen Siedler

mächtig gestützt werden durch die Tatsachen, von welchen die arabische Handlungsfähigkeit nun einmal abhängt: *Die wichtigsten Fürsten machen nicht mit.* Sie können und wollen nicht. In der ägyptischen Presse wird ein *Interview zwischen dem König Ibn Saud und einem amerikanischen Journalisten* veröffentlicht. Der König der Saudye soll geäußert haben, dass er die amerikanischen Erdölunternehmungen in seinem Lande schützen werde. «Was auch in Palästina geschehen mag...», er wird nicht zulassen, dass dadurch die Freundschaft seines Landes mit Grossbritannien und den Vereinigten Staaten bedroht werde. Auf deutsch: Der Grossherr der arabischen Wüste hat ein wohlherwogenes finanzielles Interesse an diesen Erd-Oel-Unternehmungen. Er lässt an dieses Interesse nichts und niemanden herankommen, auch nicht die Verfechter der arabischen Rechte in Palästina. Da er ein Feudalherr ist, und orientalische Feudalherren nichts wissen von der Heiligkeit staatlicher Interessen im europäischen Sinne, kann man ihn nicht einmal als einen Mann bezeichnen, der seinen Familienprofit mit seinen Staatsaufgaben verwechsle. Im Morgenlande sind derlei Verwechslungen normal.

Ausser Saud-Arabien fällt aber *auch Ägypten* weg. In der Presse erscheinen Artikel, welche in direktem Widerspruche stehen zu den Parolen des Pan-Arabisismus, die von der demonstrierenden Menge in Kairo ver-

treten wurden. «Stalin hat seine Zustimmung zur Teilung Palästinas nur gegeben, weil er hofft, das Land dadurch in lange Unruhen zu stürzen, Unruhen, die den Kommunismus fördern. Aegypten wird seine eigenen Interessen durch das Palästina-Geschäft nicht stören lassen. Das heisst, man wird in Kairo nicht vergessen, dass grössere Gefahren drohen. Gefahren, die mit dem Namen «kommunistische Propaganda» umschrieben werden können.

«Hinter solchen Artikeln stecken die Amerikaner», sagt man sich in der ersten Reaktion auf das Gelesene. Aber der Schluss ist voreilig und trifft nicht die volle Wahrheit. Mit den Amerikanern einig gehen die Kreise, die allen Grund haben, sich vor dem zu fürchten, was ihnen Moskau bereiten könnte. Es sind *die arabischen Feudalen*, in Aegypten also alles von König Faruk abwärts bis ins besitzende Bürgertum. Und dieselbe Furcht muss auch die in den internationalen Handel eingeschaltete fortschrittliche Schicht hegen. Wenn Ibn Saud seine Subventionen aus den USA verteidigt, so zittern manche reiche Aegyptier um den Kurs der Petrolaktien oder um die Entwicklung des internationalen Baumwollmarktes. Und je länger die Periode des halben Friedens andauert, desto empfindlicher sind die Märkte...

Man kann also sagen, dass die zwei wichtigsten Araberstaaten nicht ernstlich mitmachen, und dass es die UNO, wenn sie ihre Truppen ins Heilige Land schickt, nur mit den nächsten Nachbarn und nicht einmal offiziell zu tun haben wird. Es gilt, dafür zu sorgen, dass die Araber sich aus den geschlossenen jüdischen Siedlungsstrichen zurückziehen, dass umgekehrt die Juden einige exponierte Punkte räumen, und dass der Verkehr zwischen beiden Zonen zunächst auf das Notwendigste beschränkt bleibt. Darin liegt die reale Hoffnung, den wirklichen «totalen» Krieg zwischen beiden Lagern abzdrosseln.

Die rätselhafte Rolle der Russen

im Palästina-Geschäft ist natürlich noch nicht in Erscheinung getreten. Man wird davon mehr hören, sobald in der UNO erstmals darüber gesprochen werden sollte, *welche Staaten eigentlich die UNO-Truppe zu stellen berufen seien*. Das Muster der Debatte um diese wichtige Frage kennen wir ja längst: Die Russen werden ihre Ansprüche erheben, die Gegengruppe wird dazu Nein sagen, und am Ende wird man zu keiner Einigung kom-



Wieder ein neues Luftungeheuer: Drachenhafte und gespenstisch mutet dieser neue Helicopter an, der im nächsten Frühling in England seinen ersten Flugversuch unternehmen wird. Drei Horizontal-Propeller, ein 1640-PS-Motor und ein salamförmiger Rumpf sind die reichlich kuriosen «Zutaten» dieses Flugzeuges, das 24 Personen und drei Tonnen Fracht mit sich führen kann.

men. Worauf sich für die Westmächte die Frage erheben muss, auch in Palästina die Arbeit ohne die Russen zu machen. Es sei denn, Moskau finde, es sei wichtig, wenigstens in einer kleinen Ecke Palästinas «mitschützen» und dort eine russische Basis schaffen zu können. Da man im Westen jedoch nichts so sehr fürchtet wie die Möglichkeit, irgendwo ein geschlossenes Gebiet den Russen gänzlich anzuvertrauen, müssen sie auf «gemischten Besatzungen» unter internationalem Kommando bestehen. Man sieht, der Knäuel von Möglichkeiten ist ausserordentlich verworren.

Das voraussichtliche Markten um Palästina wird jedoch so oder anders anheben, je nachdem *die Londoner Konferenz* ausgeht. Sie ist letzten Montag aufgefliegen, diese «wichtigste Konferenz der Geschichte», weil jedes ihrer bisherigen Ergebnisse fragwürdig aussah. Da stimmten beispielsweise die Russen der englisch-amerikanischen These über *die deutsche Stahlerzeugung in der Höhe von 1½ Millionen Tonnen* zu, genehmigten also eine Verdoppelung der in Potsdam vorgesehenen Quoten. Und dies, obgleich die vorausgegangenen amerikanischen Massnahmen, die auch ohne die russische Zustimmung auf die Erreichung der 11½ Millio-

nen tendierten, von Moskau als «Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus» qualifiziert wurden. Solange man zu keiner Gesamtregelung des deutschen Problems kommt, bedeutet dieses Abkommen im Stahlsektor natürlich gar nichts.

Und *wird man* einmal zu einer Gesamtregelung kommen? Es gab einige kuriose Optimisten, die erwartet hatten, Molotow werde *nach dem Zusammenbruch der Streikaktion in Frankreich* einlenken und «konstruktive Vorschläge» machen. Er dachte aber nicht daran, Erstens, weil über die französische Affäre nicht das letzte Wort gesprochen sein dürfte, zweitens, weil man zwar in London nichts erreichen, wohl aber möglichst lange zur Welt sprechen sollte.

Die Westmächte wollten ihn dazu bewegen, *die Forderung auf zehn Milliarden Dollars Reparationen zu überprüfen* und zu kürzen. Sie drängten, einmal zu vernehmen, *wieviele schon nach Russland geschafft worden sei*, was Russland also schon à conto Reparationen erhalten habe. Sie wollten festlegen, dass nach dem Abschluss eines Vertrages über Deutschland *dieses Zehren von der laufenden Produktion ohne Abrechnung über das Bezogene* aufhören müsse. Sie wollten, dass Moskau «Buch führe». Statt dass sie Antwort bekämen, verlangte Molotow *Aufschluss über die finanziellen Transaktionen der Amerikaner und Engländer in ihrer Doppelzone*. Es war zu erwarten, dass Marshall ihm bewies, wie wichtig die Behauptungen über solche Grossgeschäfte seien, und dass er nachher bewies, wieviel sie schon ins deutsche Geschäft gesteckt hätten. Doch führte das alles nur dorthin, wo der Russe die andern haben wollte: ins Gestrüpp. Es ist rein gar nichts geworden aus der «deutschen Zentralregierung», die Molotow gewollt, aber auch rein nichts aus der «wirtschaftlichen Vereinheitlichung» des Reiches, wofür die Westmächte plädierten. Anfangs dieser Woche demonstrierten die drei westlichen Minister dem Russen wieder einmal durch eine Sonderkonferenz, dass sie bald genug hätten...

Gegenwärtig findet in Krakau (Polen) ein viel beachteter Kriegsverbrecherprozess statt, bei dem die verantwortlichen Leiter des berühmtesten Lagers von Auschwitz zur Aburteilung gelangen. In Auschwitz wurden bekanntlich Tausende von Häftlingen dem Gastod preisgegeben. U. B. zeigt Angehörige der Vergasteten, z. T. mit grimmigen Gesichtern, folgen den Verhandlungen und suchen die Gesichter der Angeklagten mit Feldstechern. (Photopress)





Um König Michael und Anne von Bourbon gehen interessante Gerüchte durch die Welt, die von einer Verlobung der beiden sprechen. Prinzessin Anna aber hat ausdrücklich erklärt, sie wisse nichts von einer Verlobung — und doch trifft man sie immer wieder mit König Michael. Unser Bild zeigt das Paar auf dem Genfer Flugplatz.



Winston Churchill, der Führer der englischen Opposition, hat Grossbritannien verlassen, um sich nach Marokko zu begeben, wo er die Weihnachtsfeiertage in Marrakesch zu verbringen gedenkt. Unser Bild zeigt die Ankunft «Winnie» Churchills in Paris.



Oben: In der vergangenen Woche, am 11. Dezember, wurden von der Bundesversammlung die Bundesräte neu gewählt und vereidigt. Unser Bild zeigt die Bundesräte und den Bundeskanzler mit erhobener Hand bei Ablegung des Eides. (Photo Nydegger.)



Rechts: Im ganzen Welschland, besonders aber im Kanton Waadt und in Lausanne herrscht eitel Freude darüber, dass ein engerer Landsmann in die höchste Behörde der Eidgenossenschaft gewählt wurde. Dem entsprach auch der Empfang, den die Stadt am Léman dem neuen Bundesrat bereitete. Wir zeigen von links nach rechts Bundesrat Rodolphe Rubattel, seine Gattin, Bundesrat Petitpierre und, weiter in der vordersten Reihe, Nationalratspräsidenten 1948, Picot. ATP.





Im Zusammenhang mit dem «Heiligen Krieg», der in Palästina wütet, liess die syrische Regierung in Damaskus die Generalmobilmachung bekanntgeben. Unser Bild zeigt eine Parade der einberufenen Truppen in Damaskus. ATP.



Auch in Bagdad (Irak) hat die Teilung Palästinas nicht eitel Freude hervorgerufen. Im Gegenteil: eine Riesenmenge, unter denen sich unzählige Schüler von jungen Jahren befanden, die sich teilweise kaum über die Tragweite ihres Tuns klar waren, stürmten den Informationsdienst der Vereinigten Staaten und schlugen kurz und klein, was ihnen in die Hände kam.



Auf der berühmten Nürnberger Anklagebank, wo die grossen deutschen Kriegsversbrecher abgeurteilt wurden, haben 12 Direktoren der Krupp-Werke Platz genommen, um von einem amerikanischen Militärgericht für ihre unmittelbare Beeinflussung des deutschen Krieges verurteilt zu werden. Auf der Bank von links nach rechts: Alfred Krupp, von Bohlen, Halbach, die drei Hauptangeklagten des Prozesses.

Während des von den Kommunisten inszenierten Generalstreiks in Rom wälzte sich eine demonstrierende Menge gegen Montecitorio, den Sitz der Nationalversammlung. Mit Gummiknüppel bewaffnete Polizisten wehrten den Angriff auf das Parlamentsgebäude ab. Unter den Demonstranten, die eine Tracht Prügel abbekamen, befanden sich auch einige kommunistische Abgeordnete, die sich nachher vor der Kammer heftig beschwerten. Unsere Aufnahme: Ein kommunistischer Abgeordneter wird von den Polizisten «hart in die Zange genommen».

(Photopress.)



Grasshoppers — Davos 1 : 12 (0 : 3, 1 : 5, 0 : 4). Durch einen erneuten, in seinem Ausmass kaum erwarteten Sieg gegen die Grasshoppers hat sich der HC, Davos erwartungsgemäss bereits für das Endspiel um die Schweizermeisterschaft qualifiziert. Unser Bild zeigt einen der rasanten Angriffe der Davoser mit dem kanadischen Trainer Cook am Puck. Die 27. Auflage der Schweizerischen Hochschulmeisterschaft im Cross-Country bot erneut begeisternden Sport und sah von den 50 Läufern, die sämtliche Hochschulen des Landes repräsentierten, die Vierer-Equipe der ETH, Zürich als Sieger. Unser Bild zeigt das von Alfred Fehrlin, ETH, Zürich, angeführte Feld.



Die vom 5. bis 7. Dezember in Washington stattgefundene Weltmeisterschaft im Rollschuhkunstlaufen stand im Zeichen einer harten Auseinandersetzung zwischen den schweizerischen Teilnehmern und denjenigen Amerikas. Die Schweizer Läufer errangen trotz der ihnen ungewohnten Bahn hervorragende Erfolge. Unser Bild zeigt die Equipe bei der Rückkehr auf dem Flugplatz Dübendorf. V. l. n. r.: Karl Peter, Zweiter hinter einem Amerikaner, Gritli Müller, mit Karl Peter Dritte im Paarlaufen, Mannschaftsleiter und Punktrichter Rhys und die neue, 18jährige Weltmeisterin Ursula Wehrli. ATP.



Zur Selektionierung der schweizerischen Mannschaft, die unser Land an den Olympischen Winterspielen vertreten soll, fanden sich alle prominenten Skifahrerinnen und -Fahrer zu einem mehrtägigen Trainingskurs in St. Moritz ein. Unter der Leitung bewährter Instrukturen absolvierten die Teamanwärter ein umfassendes Training. — Unser Bild zeigt den Altmeister im Langlauf, Adolf Freiburghaus, mit den Langläufern bei der Instruktion.